Verpflichtender Sprachunterricht, Obergrenze für Ausländer pro Klasse, weniger “woke”

Category: Blog
geschrieben von Aus fremder Feder | 1. Februar 2026

In der schweizerischen Bildungspolitik hat sich in diesem Jahrtausend eine Reform an die nächste gereiht. Noten? Weg damit. Sprödes Wissen? Bitte lieber auf Kompetenzen setzen. Ein Lehrer als Autorität? Schwarze Pädagogik von vorgestern, die Schüler sollen mit “selbstorientiertem Lernen” glänzen.

Der ausufernde Lehrplan 21 ist das Resultat dieses Reformeifers. Lange Zeit wurde dieser wenn nicht goutiert, dann immerhin stillschweigend zur Kenntnis genommen. Bis die schwindenden Kenntnisse der Schüler in Leistungstests anfingen, die Politik zu erschrecken – und auch viele Lehrer zunehmend über Probleme mit der integrativen Schule klagten.

NZZ-Journalist Sebastian Briellmann

Neuerdings waren es nicht die Linken, die die Debatte dominierten – wie im 20. Jahrhundert, als fast alle grossen Bildungspolitiker in der SP waren. Das Thema wird nun von den Bürgerlichen besetzt. SVP und FDP wollen beide die integrative Schule abschaffen, der Frühsprachenunterricht soll gestrichen werden. Der Fokus müsse wieder auf den Basics liegen: Lesen, Schreiben, Rechnen.

Kein Platz für Romantik

Besonders die SVP tut sich dabei hervor. Sie widmet dem Thema, ungewöhnlich für die Volkspartei, am Wochenende eine ganze Delegiertenversammlung. Weniger überraschend: wie sie es tut. Ihren Schwerpunkt kündigt sie mit gewohnt knalliger Titelei an: “Masslose Zuwanderung, gescheiterte Reformen und Bürokratie-Wahnsinn – unsere Volksschule in der Krise”.

Das Positionspapier, das die Partei erarbeitet hat, ist denn auch kein technokratisches Dokument, wie es bei solchen Papieren oft der Fall ist. Skizziert wird nicht weniger als der grosse Umbau der Volksschule. Kaum ein Bereich, der nicht angetastet werden soll. Die SVP fordert eine Abkehr von allen Neuerungen in diesem Jahrtausend.

> *Phasenweise liest sich das Pamphlet wie ein Schema für eine Gotthelf-Schweiz, die es so nie mehr geben wird (sofern es diese je gegeben hat).*

Schluss sein soll mit einer “woken” Schule, mit “Genderthemen” inklusive “unkorrekter Satzzeichen innerhalb von Wörtern”. Keinen Platz mehr soll es geben für “extremistische Ideologien rund um LGBTQ+-Themen”. Der Lehrplan soll “drastisch verschlankt” und mit Lernzielen statt Kompetenzen gefüllt werden. Künftig soll es etwa heissen: “Die Schüler können das kleine Einmaleins fehlerfrei aufsagen.” Und nicht mehr: “Die Schüler verfügen über Kompetenzen in den mathematischen Grundoperationen.” Komplettiert mit weiteren Ideen, die eine wertkonservative Schule vorsehen. Weniger Bildschirmzeit für Schüler, mehr handwerkliche Fächer. Zudem: weniger Gymnasium, mehr Berufslehre.

Neu sind solche Forderungen allesamt nicht. Und phasenweise liest sich das Pamphlet wie ein Schema für eine Gotthelf-Schweiz, die es so nie mehr geben wird (sofern es diese je gegeben hat). “Besondere Bräuche” der Schweiz etwa müssten in der Schule ihren Platz haben, natürlich föderalistisch abgestimmt, bloss keine «Einheitsbundeslösung». Doch sogar die SVP kann sich neumodischer Elemente nicht erwehren, wenn sie mehr “bottom-up” propagiert.

Die konkreten Forderungen jedoch haben wenig Romantisches an sich. Zwei Themen fallen besonders ins Gewicht.

Wer nicht folgt, muss das Land verlassen

Erstens: Dass die Schule nicht mehr funktioniert, liegt für die SVP in erster Linie an der Zuwanderung. Darum soll, wer der Unterrichtssprache nicht mächtig ist, nicht eingeschult werden. Kontrolliert werden soll dies durch “Sprachtests” vor Beginn der Volksschule. Wer den Test nicht besteht, muss “ein zusätzliches Jahr in einer Vorbereitungsklasse verbringen”.

Wer die Sprache nicht gut genug beherrscht, soll wöchentlich mindestens 20 Lektionen besuchen müssen, die die Kinder “systematisch auf den Regelunterricht vorbereiten”. Einen verpflichtenden Förderunterricht vor der Primarschule gibt es bereits heute in mehreren Kantonen, jedoch wird niemandem danach der Übertritt in eine Regelklasse untersagt.

“Masslose Zuwanderung, gescheiterte Reformen und Bürokratie-Wahnsinn – unsere Volksschule in der Krise”: die Delegierten der SVP haben im Januar in Näfels GL ein neues Positionspapier zur Bildung verabschiedet. (Bild: www.svp.ch)

Damit die Verständigung gewährleistet werden kann, sollte der Ausländeranteil einer Klasse einen Wert von 30 Prozent nicht übersteigen, fordert die SVP. Das erinnert stark an ähnliche Bestrebungen in anderen Bereichen. Dänemark etwa will im Kampf gegen Brennpunkt-Quartiere den “nichtwestlichen” Anteil der Wohnbevölkerung auf unter 30 Prozent bringen. Um Ghetto-Bildungen zu verhindern.

Das ist jedoch nur der Anfang im SVP-Forderungskatalog für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Eltern müssten darauf verpflichtet werden, damit ihre Kinder die Sprache lernten und den Unterricht “lückenlos” besuchten. Wer sich nicht daran hält, soll bestraft werden, “bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung”. Eltern sollen ebenfalls “zur Rechenschaft” gezogen werden können, wenn ihre Kinder gewalttätig werden – und für die Schäden aufkommen.

Mehr Migrations- als Bildungspolitik?

Es ist fraglich, ob die SVP mit diesen provokativen Forderungen durchkommen wird. Dass sich Sprachdefizite vieler Primarschüler – sechs von zehn haben schweizweit einen Migrationshintergrund – nachteilig auf die schulische Laufbahn auswirken, wird kaum noch bestritten. Doch mit solchen – eher migrations- als bildungspolitischen Extremansprüchen – dürfte die SVP kaum auf viel Zustimmung stossen.

Eher mehrheitsfähig ist der zweite Teil des Pakets. Die SVP möchte den Leistungsgedanken zurück in die Schulhäuser bringen. Dass damit mindestens der Freisinn etwas anfangen kann, der zuletzt mit denselben oder zumindest typähnlichen Vorstössen gekommen ist: Davon darf ausgegangen werden.

> *Beendet werden soll auch das Experiment "Schreiben nach Gehör", da eine "Generation von Schülern nicht korrekt schreiben" könne. Dafür wieder eingeführt werden sollen: Diktate, Rechtschreibübungen und systematisches Grammatiktraining.*

Konkret will die SVP, dass die Notengebung ab der zweiten Klasse wiederkommen soll. Darüber hinaus soll es Leistungstests und Vergleichstests geben. Beendet werden soll auch das Experiment "Schreiben nach Gehör", da eine "Generation von Schülern nicht korrekt schreiben" könne. Dafür wieder eingeführt werden sollen: Diktate, Rechtschreibübungen und systematisches Grammatiktraining. Sogar das "Auswendiglernen von Gedichten, Liedern und wichtigen Texten" soll wieder gefördert werden.

Das klingt ein bisschen so, wie man es von früher kannte. War dort alles besser? Die SVP ist davon überzeugt. Ob sie damit auch eine Mehrheit überzeugen kann: Das ist ein Leistungstest auf der höchstmöglichen Schwierigkeitsstufe.